

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

JOHN FOSTER DULLES

Zwei Reden zur Manila-Konferenz

I. Eröffnung der Konferenz

MANILA — (Amerika-Dienst) — Die Achtmächtekonferenz über die Verteidigung Südostasiens, an der Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, die Philippinen, Pakistan, Thailand und die USA teilnehmen, ist am 6. September 1954 in der Kongreßhalle der philippinischen Hauptstadt Manila eröffnet worden. Die Rede des US-Außenministers John Foster Dulles hatte folgenden Wortlaut:

Wir sind hierher gekommen, um ein kollektives Sicherheitsabkommen für Südostasien zu schaffen. Bei diesem Vorhaben handeln wir im Rahmen und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UN-Charta. Was wir hier tun, ist gegen keine Nation und gegen kein Volk gerichtet. Wir führen nur das durch, was die Charta als das uns zustehende Recht der kollektiven Selbstverteidigung bezeichnet.

Die USA selbst haben in Südostasien keine direkten territorialen Interessen. Dennoch verbindet uns das Gefühl eines gemeinsamen Schicksals mit den Menschen, die in diesem Gebiet leben und schaffen. Wir sind durch eine gemeinsame Gefahr vereint, eine Gefahr, die aus dem internationalen Kommunismus und seinen unersättlichen Ambitionen herrührt. Wir wissen, daß, wo der internationale Kommunismus auch immer Gewinne erzielt — wie in Indochina —, diese Gewinne nicht als endgültige Lösungen sondern als Ausgangspunkte für weitere Gewinne angesehen werden. Diese Tatsache erfordert von uns allen, daß wir uns mit den Dingen befassen, die anderswo vor sich gehen.

Die Gefahr offenbart sich in mannigfacher Form. Eine dieser Formen ist die offene, bewaffnete Aggression. Wir können diese Gefahr entscheidend verringern, wenn wir deutlich erklären, daß ein Angriff auf den Geltungsbereich des Vertrages eine so einheitliche, so starke und eine so gut plazierte Gegenmaßnahme zur Folge hätte, daß der Angreifer mehr verlieren würde, als er hoffen könnte zu gewinnen.

Unsere Zusammenkunft sollte daher alle Beteiligten eng zusammenführen und sowohl die individuelle als auch die kollektive Fähigkeit zur Abwehr eines bewaffneten Angriffs schaffen. Die USA selbst streben dies an, und wir vermerken mit Genugtuung die Bemühungen, die in dieser Richtung von anderen hier vertretenen Ländern wie den Philippinen, Pakistan und Thailand unternommen werden. Wir begrüßen die historische Erklärung des australischen Ministerpräsidenten, daß Austra-

lien selbst in Friedenszeiten bereit ist, überseeische Militärverpflichtungen einzugehen.

Es wird notwendig sein sicherzustellen, daß die einzelnen Bemühungen der verschiedenen Vertragspartner zum besten Vorteil aller genutzt werden. Die hier vertretenen Nationen können sich mit den riesigen Landarmeen, über die der internationale Kommunismus in Asien verfügt, nicht messen. Wenn die freien Nationen versuchen würden, an jedem Gefahrenpunkt auf der Welt große Landarmeen zu unterhalten oder zu unterstützen, dann wäre das gleichbedeutend mit Selbstzerstörung.

INHALT DIESER BEILAGE:

John Foster Dulles:

Zwei Reden zur Manila-Konferenz

G. W. Overdijkink:

Die Bodenreform in China

(S. 496)

Was die Vereinigten Staaten angeht, so sind unsere Verantwortlichkeiten so groß und so weit gespannt, daß wir glauben, den besten Dienst dadurch zu leisten, daß wir als Abschreckung eine bewegliche und schlagkräftige Macht in Verbindung mit strategisch gut verteilten Reserven schaffen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die vorgesehenen Vertragsmitglieder durch wohlhabende und gut koordinierte Bemühungen, die im Rahmen unserer Kapazität liegen, eine Macht schaffen können, die uns alle schützt.

Neben der Gefahr eines offenen bewaffneten Angriffs besteht die Gefahr der Subversion und der indirekten Aggression. Um einer solchen Gefahr zu begegnen, gibt es keine einfache oder alleinige Formel. Ihr entgegenzutreten, erfordert Hingabe, Stärke und Elastizität, wie sie zum Beispiel Staatspräsident Magsaysay gezeigt hat.

Die Möglichkeiten werden sich für den Kommunismus verringern, wenn Handelsbeziehungen den freien Nationen helfen, ihre Wirtschaft zu stärken. Dies wird die Teilnahme von Ländern erfordern, die zu den Staaten hinzutreten, deren besonderes Anliegen die Sicherheit Südostasiens ist. Eine wirtschaftliche Planung, die ausreichend sein soll, muß den Handel nicht nur innerhalb des südostasiatischen Raumes fördern, sondern auch dem Handel zwischen diesem Raum und Südasiens und dem westlichen Pazifik Auftrieb geben. Eine solche Planung geht ganz offensichtlich über den Bereich dieser Konferenz hinaus. Diese Konferenz würde jedoch nicht ihre Pflicht gegenüber den vielen auf uns hoffenden Menschen erfüllen, wenn wir nicht mit dem wohldurchdachten Entschluß aus Manila fortgingen, daß wir unsere Bemühungen mit denen anderer vereinigen, um die freien Länder dieses Gebietes nicht nur in militärischer sondern auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht stärker und widerstandsfähiger zu machen.

Einige Länder, die zu dem in Aussicht genommenen Bereich des Vertrages enge Beziehungen haben, sind hier nicht vertreten. Zu diesen Ländern gehören Kambodscha, Laos und Vietnam. Die Regierungen und die Völker dieser Länder können wissen, daß wir sehr viel an sie denken, und ich hoffe, daß wir in der Lage sein werden, irgendein Gewand des Schutzes um sie zu legen. Es gibt andere Länder, die später vielleicht den Wunsch haben mögen, unserem Defensivsystem beizutreten. Um dies möglich zu machen, wird der Vertrag, so hoffe ich, die Bestimmung für den Beitritt neuer Mitglieder enthalten.

Es gibt einen Aspekt unseres Problems, den wir uns immer vor Augen halten sollten. Das ist die Sehnsucht der asiatischen Völker, frei vom „Kolonialismus“ zu sein. Der internationale Kommunismus benutzt den „Nationalismus“ als ein Schlagwort zur Erlangung der Macht und legt den Völkern dann seine eigene brutale Form des Imperialismus auf, der die Negation des Nationalismus darstellt.

Zu Recht stellen wir uns mit allem Eifer gegen diese kommunistische Bedrohung. Die Westmächte sollten jedoch mit Sorgfalt darauf achten, daß dieser Eifer sie nicht blind macht gegenüber den Gefühlen jener, die den Kolonialismus immer noch mit dem Westen in Verbindung bringen.

Es muß über jeden Zweifel klargestellt werden, daß wir alle die Absicht haben, die Unabhängigkeit der neuen Nationen zu stärken und den Prozeß zu fördern, durch den andere die von ihnen gewünschte Unabhängigkeit gewinnen und erhalten können. Nur dann können der Osten und der Westen in echter Partnerschaft zusammenarbeiten.

Wir kommen hier zusammen und müssen einige Meinungsverschiedenheiten beseitigen. Das ist nichts Erschreckendes. Zu einer freien Gesellschaft gehören auch Meinungsverschiedenheiten. Ich zweifle nicht daran, daß wir aus unseren anfänglich verschiedenen Ansichten ein bedeutsames Übereinkommen erarbeiten können. Das ist unsere große Pflicht, die wir gegenüber uns selbst und gegenüber anderen haben.

Diese Pflicht wird uns zu einem Augenblick dramatisch vor Augen geführt, wo in Nordvietnam Hunderttausende ihre angestammte Heimat aufgeben, um dort ein neues Leben zu beginnen, wo sie glauben, frei zu sein. Wir werden Zeuge einer neuen Massenflucht, wie schon vorher Millionen aus dem kommunistischen Ostdeutschland und dem kommunistischen Nordkorea geflohen sind.

Diejenigen von uns, die frei und stark sind und noch nicht in augenblicklicher Gefahr leben, haben die ehrenhafte Verpflichtung, zu beweisen, daß die Freiheit jene schützen kann, die unter großen Opfern der Freiheit die Treue halten. Lassen Sie das die Verpflichtung unserer Konferenz sein.

II. Schluß der Konferenz

Manila, 9. September 1954 — (AD) — Auf der Abschlusssitzung, die zum Abschluß eines südostasiatischen Kollektiv-Verteidigungsvertrages geführt hat, hielt Außenminister John Foster Dulles eine Ansprache, in der er den Pakt als einen entscheidenden Schritt für die Sicherheit Südostasiens bezeichnete:

Wir haben hier einen wesentlichen Schritt zum Aufbau der Sicherheit Südostasiens unternommen. Meine Regierung bringt ihre tiefe Befriedigung darüber zum Ausdruck.

Es war seit langem die Ansicht der Vereinigten Staaten gewesen, daß hier die Notwendigkeit einer größeren Einheit bestand, um eine größere Sicherheit zu ermöglichen.

Vor fast vier Jahren hatte ich selbst dieses Gebiet aufgesucht mit der Aufgabe, Sicherheitsabmachungen zustandezubringen. Die damaligen Bemühungen führten zu gegenseitigen Sicherheitsabkommen mit dreien der heute hier vertretenen Regierungen — den Philippinen, Australien und Neuseeland. Aber dies befriedigte unsere Hoffnungen nicht vollauf. Die damals 1951 zustande gekommenen Verträge forderten ausdrücklich „den Aufbau eines umfassenden Systems regionaler Sicherheit im pazifischen Raum“.

In seiner Friedensrede vom 16. April 1953 hat Präsident Eisenhower eine gemeinsame Aktion gegen die kommunistische Bedrohung in Südostasiens gefordert. Dieses Thema wurde erneut in meiner Rede vom 29. März 1954 aufgeworfen. Nun haben Senator Smith, Senator Mansfield und ich selbst die Ehre, unsere Unterschriften gemeinsam mit denen der Vertreter anderer Nationen unter einen südostasiatischen Vertrag

von großer Bedeutung zu setzen. Es bedarf noch verfassungsmäßiger Maßnahmen, um diesem Vertrag seine volle Gesetzeskraft zu geben. Aber der Meinungs-austausch, welcher sich hier entwickelt hat, wird an der unverzüglichen Verbesserung unserer Lage mithelfen. Wir brauchen natürlich nicht nur vertragliche Bestimmungen allein, sondern hinter ihnen muß ein fester Entschluß und eine Opferbereitschaft stehen.

Wir befinden uns jenen Kräften gegenüber, die an dem Prinzip der Einschüchterung durch Gewalt glauben. Die koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen hatten ihren Höhepunkt erreicht, als die rotchinesischen und nordkoreanischen Streitkräfte in selbstmörderischen Angriffen die Begleitmusik dazu abgaben.

Die Genfer Indochina-Konferenz wurde von heftigen kommunistischen Angriffen in jenem Gebiet begleitet.

Während der Manila-Konferenz ist die kommunistische Propaganda und militärische Aktivität in den benachbarten Gebieten verstärkt worden. Es besteht nur geringer Zweifel, daß — wie in diesem Teil Südostasiens als auch anderswo — der Hauptzweck jener freiheitsfeindlichen Kräfte in dem Versuch besteht, uns einzuschüchtern und unsere Einigkeit zu zerstören, um uns dadurch für eine offene Aggression oder eine indirekte subversive Aggression verwundbarer zu machen.

Gerade diese Tatsache stellt das überzeugendste Argument dessen dar, was wir hier erreicht haben. Wenn es klar wird, daß die Einschüchterungsversuche gerade Einigkeit und nicht Uneinigkeit hervorbringen, dann werden die möglichen Aggressionen vielleicht ihre Taktik ändern.

Wie jeder Teilnehmer zum Ausdruck gebracht hat, ist dieser Vertrag nicht gegen irgendein Volk oder irgendeine Regierung gerichtet. Er wen-

det sich gegen ein Übel, das Übel der Aggression. Dieser Vertrag, der unsere gemeinsamen Zielsetzungen konsolidiert, wird hoffentlich dazu beitragen, vor jeder Aggression abzuschrecken.

Wir sind uns dessen bewußt, daß es nicht genügt, ein militärisches Defensivsystem zu entwickeln, sondern daß wir darüber hinaus auch die moralische Offensive ergreifen müssen.

In der Erklärung, die ich zu Beginn der Konferenz abgab, sagte ich, daß „es ganz klar gemacht werden muß, daß wir, alle und jeder, die Absicht haben, die Unabhängigkeit der neuen Nationen zu stärken und die Verfahrensweisen zu fördern, durch die andere Nationen in die Lage versetzt werden, die Unabhängigkeit, nach der sie streben, zu erringen und zu erhalten“.

Ich freue mich sagen zu können, daß wir dies erreicht haben. Die Präambel unseres Vertrages und, was vielleicht noch wichtiger ist, die Pazifik-Charta, die wir ebenfalls unterzeichnen, verkünden in eindringlichen Worten, wie sehr sich alle unsere Staaten den Idealen der Selbstbestimmung, der Selbstregierung und der Unabhängigkeit verschrieben haben.

Es ist eine erschreckende Tatsache, daß die Kommunisten, die nur nach der Versklavung der Völker streben, so viele davon überzeugen konnten, daß sie Befreier sind. Die Wirklichkeit ist gerade umgekehrt. Die Würde des Einzelmenschen und die nationale Freiheit leiten sich von den geistigen Grundsätzen her, die unsere Nationen hochschätzen, die aber der materialistische Kommunismus mit Füßen tritt.

Diese Konferenz wird vielleicht ihren größten Beitrag darin erblicken können, wenn sie den freien Nationen die moralische Initiative gewährleistet, die ihr rechtmäßiges Erbe ist.

G. W. OVERDIJKINK

Die Bodenreform in China

Die Revolution, in der China sich zur Zeit befindet, begann eigentlich im Oktober 1911, als die Manchu-Dynastie gestürzt wurde und die Republik begann; ihr Ende ist noch nicht abzusehen. Sie ist die jüngste einer ganzen Reihe von Revolutionen in der fünftausendjährigen Geschichte Chinas.

Ohne Ausnahme waren sie im Grunde genommen alle agrarische Revolutionen: Nach uralter chinesischer Tradition erhob sich das Volk — die Bauern — gegen den Kaiser, als infolge kraftloser zentraler Führung, korrupter lokaler Verwaltung und — häufig daraus entspringender — Schwierigkeiten wie Überflutungen, Hungersnöte und Störungen der Ordnung das Leben unerträglich geworden war und sich daraus ergab, daß der Kaiser — nach chinesischer Auffassung — das himmlische Mandat verloren hatte.

Wenn China auch einen — bescheidenen — Anfang mit seiner Industrialisierung gemacht hat, so trägt doch die Volkswirtschaft des Landes zu 80 — 90% immer noch landwirtschaftlichen Charakter und sind \pm 80% der jetzt etwa 500 Millionen zählenden chinesischen Bevölkerung Bauern.

Die Kommunistische Partei Chinas¹⁾ hat die Macht an sich reißen können, weil sie imstande schien, die große Not, in der sich Chinas Bauern nach vierzigjähriger korrupter Verwaltung, Bürgerkrieg und Naturkatastrophen befanden und die sich — noch verschlimmert durch eine trotzdem starke Bevölkerungszunahme — als Landhunger äußerte, durch gewaltsame Neuverteilung des Bodens vorläufig zu lindern. Chiang Kai-shek und die Kuomintang wurden geschlagen, weil sie ihre agrarischen Reformpläne nicht zu realisieren vermochten.

Sun Yat-sen

Schon Dr. Sun Yat-sen, der „Vater der chinesischen Revolution“, dessen Andenken sowohl durch die Kuomintang als auch durch die K.P.Ch. in hohen Ehren gehalten wird, verkündete die Losungen „Nivellierung des Bodeneigentums“ und „Das Land den Bauern“. Auch die Pachtermäßigung bildete einen wesentlichen Teil seiner Agrarpolitik.

Die Kuomintang trat ebenfalls für Pachtermäßigung ein, als sie von 1925 bis 1927 gegen die „warlords“ und für die Vereinigung des Landes kämpfte. Auch 1946 mit der Losung der 25-prozentigen Pachtermäßigung, die aber — wegen der engen Interessengemeinschaft zwischen der Kuomintang und den Großgrundbesitzern (vor allem maßgebenden Parteimitgliedern) auf dem Papier blieb.

Neue Demokratie

Da die Ideen (die San-min-chu-i oder die Drei Volksprinzipien) des Doktor Sun Yat-sen bis heute in der Bevölkerung einen wichtigen politischen Einfluß ausüben, haben die Kommunisten, einerseits realiter und andererseits — aus taktischen Gründen — idealiter ihr Programm mit diesen

Ideen verknüpft mit der Behauptung, daß die Kuomintang die Drei Volksprinzipien verleugnet und die K.P.Ch. es übernommen habe, diese Prinzipien — jedoch den neuen Zeitumständen angepaßt — wirklich auszuführen: die sogenannte Neue Demokratie.

In diesem Zusammenhang kann auf den Inhalt der Prinzipien der sogenannten „Neuen Demokratie“ (New Democracy) nicht ausführlich eingegangen werden, welche ihr geistiger Vater Mao Tse-tung zum ersten Male im Januar 1940 in der Schrift „Neue Demokratie“ auseinandersetzte und die später durch allerlei andere Publikationen (u. a. People's Democratic Dictatorship²⁾) ergänzt und erklärt wurde. Man möge sich zufriedengeben mit der Bemerkung, daß Mao Tse-tung im „New Democracy“ eine (kommunistische) Analyse der chinesischen Geschichte und der chinesischen Revolution gibt und darlegt, daß die „demokratische“ Revolution in China nur ein Teil der Weltrevolution ist, daß die „demokratische“ Revolution durch das Proletariat und nicht durch die Bourgeoisie (wie 1911 und 1925 — 1927) geführt werden müsse und daß die „Neue Demokratie“ die Einleitung und der Anlauf für die Durchführung des Sozialismus in China ist.

Noch kürzer formuliert: Die „Neue Demokratie“ hat die Aufgabe, das traditionelle Feudalsystem, die Grundlage der klassisch-chinesischen Gesellschaft und der chinesischen Seele mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Die Übergangsperiode zum Sozialismus haben Mao und andere kommunistische Theoretiker annäherungsweise und mit allem Vorbehalt auf 15 — 20 Jahre geschätzt. Auch wurde immer Anpassung an die in China herrschenden Zustände befürwortet. Unbegründete Anwendung des russischen Vorbildes wurde durch die K.P.Ch. — unter Maos Führung — heftig verurteilt; dafür eingenommene extreme Gruppen wurden nach und nach aus der Partei ausgestoßen.

Common Program

Die konstitutionelle Basis der Agrarreform in der Chinesischen Volksrepublik, die jedoch die chinesischen Kommunisten schon viel früher angewandt hatten, findet man in Artikel 3 des Common Program, das, basierend auf Maos „New Democracy“, im gewissen Sinn das Grundgesetz der Chinesischen Volksrepublik ist. Dort steht u. a. zu lesen: „Die Volksrepublik China . . . muß systematisch das feudale und halbfeudale System des Landeigentums umbilden in ein System bäuerlichen Landeigentums . . .“.

Historisch gesehen bilden die kommunistischen Agrarreformen kein einheitliches Bild: namentlich weicht die von 1950 bis 1952 verfolgte Politik in gewisser Hinsicht von der früheren ab — wie sich aus Nachstehendem ergeben wird. Politischer Opportunismus hat dabei eine wichtige Rolle gespielt.

2) Da von nahezu allen Veröffentlichungen Mao-Tse-tung's eine englische Fassung besteht, ziehe ich es vor, hier und an einigen später folgenden Stellen die englischen Ausdrücke und Titel zu benutzen.

1) Im folgenden abgekürzt K.P.Ch.

Klasse-Zugehörigkeit

Die Basis für das Verfahren zur Vorbereitung und Ausführung der Bodenreform wurde schon 1933 in Juichin in der Provinz Kiangsi durch die damalige (kommunistische) Demokratische Zentralregierung³⁾ in den beiden folgenden Dokumenten festgelegt:

1. Wie der Klasse-Status auf dem Lande zu analysieren ist und
2. Entschließungen betreffend einige Probleme, die sich aus der Agrarreform ergeben⁴⁾.

In der erstgenannten Vorschrift wird die Klassezugehörigkeit in den Grundzügen folgendermaßen genauer charakterisiert:

- a) Der Großgrundbesitzer. Dieser besitzt Land, arbeitet jedoch nicht selbst. Er existiert von der Ausbeutung der wirtschaftlich Schwächeren (Landpacht, Zinsen aus ausgeliehenem Geld und Arbeitslohn). Das Fehlen eigener Arbeit ist das Hauptmerkmal.
- b) Der reiche Bauer (in verschiedenen Abstufungen, dem russischen Kulaken zu vergleichen) arbeitet dagegen selbst wohl, beutet jedoch darüberhinaus andere aus durch Verpachtung seines Landes, durch Geldverleih und Anwerbung von Arbeitern. Wenn der verpachtete Boden größer ist als das Stück, das er mit seinen gemieteten Arbeitern bebaut, dann gehört er in die Kategorie der Halb-Großgrundbesitzer.
- c) Der „mittlere“ Bauer (middle peasant) besitzt häufig ein Stückchen Land, muß jedoch in der Hauptsache von eigener Arbeit (auf gepachtetem Land) leben, während er darüberhinaus kleine Einkünfte durch Ausbeutung (Geldverleih etc.) erwirbt. Beträgt dieser Nebenverdienst 15 — 30% seines Gesamteinkommens, dann gehört er zur Kategorie der „bessergestellten mittleren Bauern“; ist dieser Prozentsatz höher als 30%, gehört er zu den reichen Bauern.
- d) Der arme Bauer. In der Regel — obgleich gelegentlich im Besitz von etwas Land und unzureichendem Bestellungsmaterial — muß er Land pachten und wird ausgebeutet (durch Pachtzahlung, Zinsen und Arbeitsleistung).
- e) Der Landarbeiter. Dieser hat weder Land noch Werkzeug und muß sich als Arbeiter verdingen.

Kommunistische Landwirtschaftsexperten schätzen den Prozentsatz der Großgrundbesitzer in der vorkommunistischen Periode auf etwas mehr als 4% der gesamten bäuerlichen Bevölkerung mit einem Gesamtlandbesitz von 70 — 80% verfügbarer Anbaufläche.

Die entsprechenden Prozentsätze für die reichen Bauern sind 6% und 10 — 15%; für die mittleren Bauern 20 — 30% und \pm 5%; für die armen Bauern und Bauernarbeiter 60 — 70% und \pm 10%.

Verfahren

Bevor man zur Neuverteilung des Bodens übergeht, wird die breite Masse zuerst politisch aufgeklärt durch ein Propaganda- und Agitationskader (größtenteils Studenten und Schüler), das von den kommunistischen Führern sorgfältig ausgewählt und ausgebildet wird. Zu diesem Zweck werden Arbeiter, arme Bauern und mittlere Bauern in Bauernorganisationen zusammengefaßt. Unter Leitung dieses Kadern bestimmt die Bauernorganisation den Klassestatus aller Dorfbewohner⁵⁾. Weiter werden sogenannte „Beschuldigungszusammenkünfte“ organisiert, bei denen

³⁾ Wie man weiß, setzten sich die kommunistischen Heereseinheiten unter Führung von Mao-Tse-tung und Tchu-Teh nach der Säuberung der Kuomintang von kommunistischen Elementen durch Chiang Kai-shek 1927 schließlich in Süd-Kiangsi fest und wurde dort die obengenannte „Demokratische Zentralregierung“ gebildet. Als der Druck der Umzingelung durch die Truppen Chiang Kai-sheks zu groß wurde, wichen diese Kommunisten im Juli 1934, verstärkt durch Einheiten aus anderen Provinzen, aus nach dem unwirtlichen NW (Teile der Provinzen Shensi-Kansu-Ninghsia) an die Grenze der durch Sowjetrußland beherrschten Aeußeren Mongolei. Hauptstadt wurde Yen-an.

⁴⁾ Diese Vorschriften wurden am 25. Mai 1949 erneut durch das Zentralkomitee der K.P.Ch. zu Gunsten der Bodenreform in der Mandschurei (N. O.-China) und Teilen Nordchinas veröffentlicht. Sie wurden laut Beschluß der Chinesischen Volksregierung vom 4. August 1950 mit einigen Ergänzungen und Aenderungen wiederum für die Bodenreform in den sogenannten „soeben befreiten Gebieten“ (anschließend ausführlich behandelt) gültig erklärt.

⁵⁾ Die Provinzial-Volksregierungen sind befugt, unter Zugrundelegung allgemeiner Vorschriften mit Rücksicht auf den jeweiligen Zustand in den verschiedenen Gebieten Vorschriften über die Unterscheidungen im Klassestatus herauszugeben.

die Großgrundbesitzer (bzw. reiche Bauern) all ihrer „Verbrechen“ angeklagt und je nach Umfang ihrer „Schuld“ durch die „Volksgerichte“ bestraft werden (Todesstrafe, Gefängnis, Zwangsarbeit, Verbannung usw.).

Ferner wird als Einführungsmaßnahme (denn der durchweg stockkonservative und stock-individualistisch fühlende Bauer muß häufig erst noch davon überzeugt werden, daß er sein ganzes Leben lang „ausgesaugt“ wurde) eine allgemeine Pacht- und Zinsermäßigung durchgeführt, um auch die Zweifler prokommunistisch zu machen, während man unmittelbar danach zur „Enteignung“ des Grundbesitzes der „landlords“, zur „Requisition“ des überschüssigen Bodens der reichen Bauern und zur Neuverteilung des Landes unter „die Bauern“ übergeht.

Es muß betont werden, daß diese Enteignungs- und Requisitions politik in den verschiedenen Perioden der kommunistischen Herrschaft nicht immer die gleiche gewesen ist. Entsprechend der militärischen Lage und also dem Bedürfnis nach Unterstützung und Loyalität der „Masse“ wurde diese Politik mehr oder weniger rigoros durchgeführt.

Erste Periode (1925—1937)

In den Jahren 1925 — 1927 während des sogenannten Nordfeldzuges des in Kwangtung mit russischer technischer und finanzieller Hilfe organisierten Kuomintangheeres gegen die nördlichen „warlords“ hatten die Kommunisten stellenweise Gelegenheit, ihr Schema von Pacht- und Zinsermäßigung zur Einführung der Bodenverteilung praktisch anzuwenden. Doch erst nach dem Bruch mit der Kuomintang (1927) ging man (nämlich 1933) über zu einer revolutionären Bodenverteilungs politik in den kleinen Sowjetstaaten in den Provinzen Kiangsi und Fukien. Der Landbesitz der „landlords“ wurde damals konfisziert und an die „Bauern“ verteilt. Nach der Besetzung dieses Gebietes durch die Kuomintang 1934 wurden die Großgrundbesitzer wieder in ihre Rechte eingesetzt und die kommunistische Verteilung größtenteils rückgängig gemacht.

Im nordwestlichen Grenzgebiet, wo die Kommunisten sich nach dem berühmten „Langen Marsch“ 1936 festgesetzt hatten und das sie trotz verschiedener Kuomintang-Angriffe behalten konnten, wurde die Bodenpolitik, die sie 1933 in ihrem Kiangsi-Fukien-Gebiet begonnen hatten, fortgesetzt.

Zweite Periode (1937—1946)

Die innerpolitische Entwicklung seit dem Ausbruch des Krieges mit Japan (7. Juli 1937) zwang die Kommunisten zu einer Wendung. Unter dem gewaltigen Druck der öffentlichen Meinung, aufgerüttelt durch die Agitation einer großen Zahl antijapanischer, prokommunistischer, „demokratischer“ Volksorganisationen, wurden Chiang Kai-shek und die Kuomintang gezwungen, mit den Kommunisten eine gemeinsame anti-japanische Front zu bilden (Dezember 1937).

Während des Krieges schob die K.P.Ch. die weitere Durchführung ihres Bodenverteilungsprogramms auf und beschränkte sich auf eine mehr gemäßigte Pacht- und Zinsermäßigungspolitik.

Nach der Kapitulation Japans (August 1945) lebte die Fehde zwischen den Kommunisten und der Kuomintang — die sich während des Krieges übrigens schon in zahlreichen mehr oder weniger ernsten Zwischenfällen entladen hatte — trotz langwieriger Vermittlungsversuche von General Marshall in aller Heftigkeit wieder auf. Im Jahre 1946 brach der Bürgerkrieg mit einer anfangs erfolgreichen Offensive Chiang Kai-sheks von neuem aus. Der größte Teil des kommunistischen Grenzgebietes mit der Hauptstadt Yen-an wurde zurückerobert und die dort eingeführte Bodenreform rückgängig gemacht. Die Kommunisten hatten nach der japanischen Kapitulation ihre wichtigste Militärbasis aber in die von den Russen besetzte Mandschurei verlegt, wo sie sich dank der Waffen der japanischen Kriegsgefangenen gewaltig verstärken konnten.

Dritte Periode (1946—1950)

Während die Unterhandlungen mit der Kuomintang noch im Gange waren, traf die K.P.Ch. bereits Maßnahmen zur Wiederaufnahme der früheren Bodenreformpolitik. Am 4. Mai 1946 erließ das Zentralkomitee nämlich eine „Agrarian Reform Directive“ (Bodenreform-Direktive).

Die neuen Reformen waren rigoros. Der Großgrundbesitz und alle anderen Produktionsmittel der „landlords“ (industrielle und Handels-Unternehmungen usw.) wurden konfisziert. Überschüssiges Land und andere Produktionsmittel der reichen Bauern und das überschüssige Land der „bessergestellten mittleren Bauern“ konnten beschlagnahmt werden. Der so erhaltene Boden und anderes Eigentum wurden unter die armen Bauern und die Landarbeiter verteilt. Theoretisch kamen auch die „landlords“ für einen gleichen Anteil zur eigenen Bearbeitung in Betracht. Praktisch kam das aber wegen der ihnen auferlegten Strafen wenig vor.

Auf einer am 13. September 1947 einberufenen „Agrarkonferenz für Gesamtchina“ wurde die neue Lage gesetzlich befestigt durch die Annahme eines „Basic Program for Chinese Agrarian Law“. Nach Mao Tse-tung (in seiner Abhandlung „The Present Situation and Our Tasks“ vom Dezember 1947) ging man von folgender Politik aus: Unterstützung der armen Bauern, enge Verbindung zu den mittleren Bauern und Beendigung der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung der Großgrundbesitzer und reichen Bauern.

Vor allem in den Jahren von 1946 — 1947, als die K.P.Ch. noch in der Defensive und der Kampf gegen die Kuomintang außerordentlich hart war, kam es in den von den Kommunisten besetzten Gebieten vielfach zu Terror und schärfster Durchführung der Bodenreform. Ein großer Teil der mittleren Bauern, besonders der besser situierten, wurde zur Kategorie der reichen Bauern und oftmals zu der der „landlords“ gerechnet, mit allen entsprechenden Konsequenzen.

Die kommunistischen Bodenreformen hatten einen gewaltigen propagandistischen und darum unterminierenden Einfluß auf die Kuomintang-Armeen, die größtenteils aus (oft gepreßten) Bauernjungen bestanden. Vor allem seit der kommunistischen Gegenoffensive im Sommer 1947 zeigte sich die Wirkung. Ganze Heeresteile (bis zu den Kuomintang-Offizieren) liefen zu den Kommunisten über. Im Juli 1946 (Beginn des Bürgerkrieges) standen schätzungsweise 4 300 000 Mann Kuomintangtruppen 1 200 000 Mann kommunistischen Truppen (die 8. Feld-Armee und die Neue 4. Armee, später zusammen unbenannt in Volksbefreiungsarmee) gegenüber. Im Juli 1947 (Beginn der kommunistischen Gegenoffensive) waren die entsprechenden Ziffern 3 730 000 und 1 950 000 (die Einziehung neuer Rekruten und die Verluste durch Gefallene und Verwundete waren — wie die Zahlen zeigen — von geringer Bedeutung). Im Herbst 1948 war die Volksbefreiungsarmee (People's Liberation Army, abgekürzt P. L. A.) zum ersten Male zahlreicher als die Kuomintang-Armee. Im Juli 1949 hatten die Kommunisten 4 000 000 Mann Truppen gegenüber der Kuomintang mit nur 1 490 000 Mann.

Mitte 1948 — als die P. L. A.-Gegenoffensive ein Jahr im Gange war — hatte sich der Schwerpunkt des Kampfes nach Süden in das durch die Kuomintang beherrschte Gebiet verlagert. Siege in den Feldschlachten bei Tsinan (Hauptstadt von Shangtung) im September 1948 und im Gebiet Hsüchow-Pengpu (nördlich von Shanghai) von November 1948 bis Januar 1949 öffneten den Weg nach Shanghai und zum Unterlauf des Yangtze.

Da inzwischen auch die Kuomintang-Enklaven im kommunistischen Bereich durch die Schlachten im Gebiet West-Liaoning-Mukden von September bis November 1948 und im Gebiet Peking-Tientsin-Kalgan von Dezember 1948 bis Januar 1949 (am 31. Januar 1949 wurde Peking besetzt) beseitigt werden konnten, war die Moral der Kuomintang völlig gebrochen. Die Besetzung des restlichen China ging schnell vor sich: Am 20. April 1949 überschritten die Kommunisten den Yangtze; am 23. wurde Nanking besetzt; am 27. Mai Shanghai und am 14. Oktober Kanton.

Die obengenannten Waffentaten sind markante Punkte, nicht nur im Verlaufe des Kampfes sondern auch in der Durchführung der kommunistischen Bodenreform-Politik.

Die stabile militärische Lage der Kommunisten gab ihnen nämlich die notwendige Frist, um die Bodenreform in Zukunft besser vorzubereiten und gleichzeitig ablaufen zu lassen, was der Dauerhaftigkeit der Reformmaßnahmen und der Menge der landwirtschaftlichen Produktion zu Gute kommen mußte.

Als Folge ging man in dem „befreiten“ Gebiet erst zur Bodenverteilung über, wenn der Zustand militärisch und infolgedessen auch politisch gefestigt war. Diese letzte Forderung war erst erfüllt, wenn genügend Kader für die Führung ausgebildet, die Mehrheit der Bauern politisch aufgeklärt war (wozu als Übergang zuerst die Pacht- und Zinsermäßigung durchgeführt wurde) und die Bodenreform selbst forderte.

Im März 1949 war die Bodenreform in ganz N. O.-China (d. h. in der Mandschurais und der Provinz Shantung (Nord-China) durchgeführt; im April 1950 auch im übrigen Nord-China (ausgenommen die Provinz Sui-yuan). Insgesamt ein Gebiet (von den Kommunisten das „alte befreite Gebiet“ genannt) von 600 Millionen Mou⁶⁾ Anbaufläche mit einer Bauernbevölkerung von \pm 160 Millionen Seelen.

Vierte Periode

1949 war ein kritisches Jahr. Die Agrarproduktion in dem damals von den Kommunisten besetzten Gebiet war beängstigend niedrig. Für ganz China wurde Anfang 1950 der Rückgang der Agrarproduktion verglichen mit der Vorkriegszeit (also vor 1937) auf 25% geschätzt; im sog. „soeben befreiten Gebiet“ (d. h. Zentral-, Süd-, N. W.- und S. W. China mit einer Bauernbevölkerung von \pm 310 Millionen) sogar auf ein Drittel; für das „alte befreite Gebiet“ (wo einige Jahre hindurch verschiedene Aktionen zur Anhebung der Produktion durchgeführt wurden⁷⁾ immerhin auch noch auf \pm 14%. Von kommunistischer Seite wurde dies offiziell erklärt mit den Nachwehen des Krieges, zuerst gegen Japan, danach gegen die Kuomintang (Verluste in Arbeitskräften, Zugvieh, Landwirtschaftsgeräten usw.) und Naturkatastrophen, die in diesem Jahr große Teile des kommunistischen Gebietes trafen: Überschwemmungen, (infolge Zerstörung und Verwahrlosung der Dämme⁸⁾, Dürre, schwerer Frost, Wirbelstürme und Viehseuchen. Schätzungsweise wurden 40 000 Menschen und 120 Millionen Mou Anbaufläche durch Überflutungen und andere Naturkatastrophen getroffen; Produktionsverlust nicht weniger als 6 Millionen Tonnen Getreide. In vielen Gebieten herrschte Hungersnot.

Verbitterung und Unzufriedenheit führten zu Störungen der Ordnung und Unregelmäßigkeiten großen Umfangs. Typisch für den Notstand war, daß Premierminister Chou En-lai am 19. Dezember 1949 die örtlichen Behörden für die Hungersnot in ihren Verwaltungsgebieten verantwortlich machte. Im ersten Quartal 1950 wurden 600 000 Tonnen Getreide aus der Mandschurei in die betroffenen Gebiete südlich der Großen Mauer geschafft.

Am 8. Dezember 1949 berief die Volksregierung die erste Nationale Landwirtschaftsproduktions-Konferenz nach Peking, die einen Plan für die Erhöhung der Getreideernte 1950 um 5 Millionen Tonnen und der Baumwollernte mit 225 000 Tonnen aufstellte. So sollte — nach Mao Tse-tung — die Grundlage geschaffen werden für den Wiederaufbau der gesamten Volkswirtschaft innerhalb eines Zeitraums von 3 — 5 Jahren.

Im politisch stabilisierten „alten befreiten Gebiet“ ging man dann zu rigorosen Zwangsmaßnahmen über. „Labour exchange“ mußte verallgemeinert werden. Es wurde bestimmt, daß mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte in „Selbsthilfe“-Gruppen organisiert werden mußte. Entsprechend dem Umfang, in dem die Arbeitskräfte bereits „mobilisiert“ waren, mußten 40 — 70% der Frauen in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden.

6) 1 Mou = 0,1647 Morgen

7) Seit 1944 wurden dort zur Erhöhung des Ertrags Bauernorganisationen zum „Austausch von Arbeitskräften“ (labour exchange) und „Selbsthilfe“ (mutual aid) eingerichtet; außerdem Soldaten in die Produktionsschlacht eingeschaltet; Auszeichnungen und Preise verteilt für „Helden der Arbeit“; große Darlehen ausgegeben; Volksbewegungen zur kollektiven Bekämpfung von Naturkatastrophen und Plagen sowie für die Verbesserung der Landwirtschaftstechnik organisiert; Landgewinnung und Bewässerung gefördert usw.

8) Vor allem das Huaihai-Gebiet in Nord-Kiangsu, wo in neun von zehn Jahren große Ueberschwemmungen eintraten, wurde schwer getroffen. Der Fluß Yi überflutete in 1949 acht Millionen Mou Anbaufläche und verwüstete 182 000 Bauernhöfe, wodurch 3 Millionen Menschen betroffen wurden. Im November 1949 begannen nach Ausbildung eines Kadres von 3 600 Mann mit 250 000 Arbeitern die Grabungsarbeiten für einen neuen Entwässerungskanal zum Meer. Im Oktober 1950 wurde das Projekt des Huai-Flusses (Wiederherstellung der Dämme usw.) in Angriff genommen. Im Stromgebiet dieses Flusses wohnen ungefähr 30 Millionen Bauern.

Im „soeben befreiten Gebiet“ nahm man dagegen (vorläufig noch) etwas Rücksicht. Dort — so lauteten die Anweisungen — genüge es, wenn die „organisierte“ Arbeit populär gemacht würde, während nur „so weit als möglich“ Frauen eingesetzt werden sollten.

Außer Kriegsnachwirkungen und Naturkatastrophen war auch die infolge der in vielen Gebieten bis zum Äußersten durchgeführten Bodenreform die aus dem Gleichgewicht geratene Landwirtschaft für die niedrige Produktionsziffer verantwortlich. Selbstverständlich gab die Chinesische Volksregierung dies nicht zu. Die Agrarpolitik für das „soeben befreite Gebiet“ zeigte daher auch viele Abweichungen.

Wir sahen bereits, wie in diesem Teil Chinas: Zentral-China (das Hupeh, Hunan, Kiangsi und halb Honan umfaßt), SSW- und NW-China die Bauern rücksichtsvoller behandelt wurden. Auch andere Regierungsmaßnahmen zeigten dies: am 28. Februar 1950 beschloß die Regierung, daß zwar überall die Pacht- und Zinsermäßigung durchgeführt⁹⁾, daß jedoch die Neugliederung des Landes in 12 Provinzen (einschl. Chekiang und Kwangtung) erst nach der Herbsterte in Angriff genommen werden sollte, und in den später „befreiten“ Gebieten (SW- und NW-China) noch ein Jahr später. Im gleichen Erlaß wurde weiter bestimmt, daß die Getreidesteuer für die zentrale Regierung nicht mehr als 17% des gesamten landwirtschaftlichen Aufkommens und die „Auflagen“, die örtliche Behörden erheben, nicht mehr als 15% der eben genannten zentralen Steuer betragen dürften¹⁰⁾.

In dem Bericht, den Präsident Mao Tse-tung am 6. Juni 1950 (also einige Wochen vor Ausbruch des Koreakrieges) auf der 3. Plenarsitzung des (7.) Zentralkomitees der K.P.Ch. erstattete, verkündete er die Grundzüge der neuen Agrarpolitik. Er schickte voraus, daß der Krieg praktisch zu Ende (obgleich in dem „soeben befreiten Gebiet“ noch mehr als 400 000 „Banditen“ liquidiert werden mußten) und die Lage also grundverschieden von der Periode 1946—48 sei, als ein Kampf auf Leben und Tod gegen die Kuomintang geführt werden mußte. Er erklärte, daß die landwirtschaftlichen Reformen fortan stufenweise und ordnungsgemäß erfolgen würden. Eine chinesische N.E.P.¹¹⁾ begann. Die Haltung der Regierung gegenüber dem reichen Bauer wurde grundlegend geändert. Anstatt überschüssiges Land des reichen Bauern zu beschlagnahmen, durfte sein Grundbesitz wegen der Beschleunigung einer schnellen Produktionssteigerung auf landwirtschaftlichem Gebiet nicht angetastet werden. Die armen Bauern, die auf diese Weise weniger Land als nach den alten Maßnahmen erhalten würden, sollten durch Regierungsdarlehen schadlos gehalten werden. Während um der Sache willen festgesetzt wurde, die neue Politik solle dazu dienen, „die Großgrundbesitzer zu isolieren und die mittleren Bauern zu schützen“, wurde in Wirklichkeit die Behandlung des „landlord“ auch milder.

Den „landlords“ sollte allerdings das Land (ausgenommen ein gleicher Anteil zur eigenen Bebauung) konfisziert werden, aber alle Industrie- und Handelsunternehmungen wie auch das von ihnen benötigte Land und anderer Besitz unangetastet bleiben.

9) Während unter dem Kuomintang-Regime Pachten von 50 — 70% der Ernte gezahlt wurden, wurde die Pacht nun auf 37,5% festgesetzt, während zuviel bezahlte Pacht erstattet werden mußte. Bezüglich der Zinsen für geliehenes Geld (gewöhnlich gleichfalls durch den Pachtherrn: „landlord“ oder reicher Bauer) wurde bestimmt, daß durch Bezahlung der Hauptsumme und noch einmal der Hauptsumme für alle angelaufenen Zinsen alle Schulden getilgt sein sollte. Wegen der großen Inflation war dies für den Pächter ein gewaltiger Vorteil.

10) Aus der Rede zum 1. Mai 1952 des Vizepräsidenten Liu Shao-chi ergibt sich, daß die Regierung bei ihren Versuchen, den Haushalt auszugleichen und die Staatsfinanzen zu stabilisieren, durch erzwungene Lieferungen und Steuerauflagen vor allem auf die Bauern einen schweren Druck ausgeübt hat. Schätzungsweise haben die Bauern 1950 nicht weniger als 41,4% des gesamten Nationaleinkommens aufgebracht. Sie wurden befreit von der sog. freiwilligen Zeichnung der „Siegesobligationen“, die am 5. Januar 1950 aufgelegt wurden. Die Arbeiter wurden offenbar auch nicht zur Zeichnung gezwungen, aber die „nationale“ und die „kleine“ Bourgeoisie wurden äußerst schwer getroffen. Jeder Stadt wurde eine Quote zugewiesen. Der Stadt Tientsin z. B. 7 300 000 „units“ (Nominalwert einer unit = die Summe der gültigen Großhandelspreise für 6 catties Reis + 1 1/2 catty Mehl + 4 Fuß Leinen + 10 catties Steinkohle; 1 catty = 0,617 kg). (Zweck war die Deckung des Haushaltsdefizits von 1950 von 18,7% und die Beendigung der Inflation.)

11) Unter praktisch gleichen Umständen wurde die N.E.P. (Neue Oekonomische Politik) 1921 durch Stalin in Sowjet-Rußland eingeführt, um einen drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. 1928 machte Stalin mit seinem ersten Fünfjahresplan und der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Beseitigung der Kulaken und reichen Bauern sowie der Einführung der Kolchosen dieser Politik ein Ende.

Den Großgrundbesitzern war aber nur eine kurze Atempause ver gönnt. Die neue Taktik in Mao's N.E.P. gegenüber dieser landwirtschaftlichen Gruppe wurde zwar offiziell bis heute vertreten, aber nur wenige sollten davon profitieren. Denn der Verlauf des Koreakrieges machte diese in kommunistischen Augen gegenrevolutionäre Klasse zum Opfer der politischen (Ab-)Rechnung.

Zehn Tage nach der ersten Meldung in der chinesischen kommunistischen Presse über eine chinesische „erfolgreiche Gegenoffensive“ in Korea (die chinesische „Freiwilligen“-Armee wurde November 1950 eingesetzt, zuerst zum Stehen gebracht und dann zu einem übereilten Rückzug gezwungen) veröffentlichte die chinesische Regierung (am 21. Februar 1951) eine „Verordnung über die Bestrafung von Gegenrevolutionären“. Darin wurde bestimmt, daß jeder, der „einen Umsturz der demokratischen Volksregierung oder eine Unterminierung der demokratischen Sache des Volkes“ anstrebe, bestraft würde. Diejenigen, die sich durch „Zusammenarbeit mit dem Imperialismus“ des „Verrats“ schuldig machten, würden mit dem Tode oder lebenslänglichem Gefängnis bestraft.

Die Niederlage in Korea wirkte sich auf die innere Lage Chinas aus, vor allem in dem „soeben befreiten Gebiet“, in dem die Bodenenteignung in vollem Gange, die Lage jedoch militärisch noch nicht ganz und politisch alles andere als gefestigt war. Der stellenweise bewaffnete Widerstand wuchs: in kommunistischem Jargon „ein weißer Terror“. Peking, das seine Machtposition bedroht sah, entfesselte eine allgemeine Säuberungsaktion, deren hauptsächlich Opfer außer ehemaligen Mitgliedern der Kuomintang und ausländischen Missionaren die Großgrundbesitzer waren.

In diesem Zusammenhang gehe ich nicht näher ein auf den „roten Terror“, der an furchtbarem Blutdurst den grausamsten Perioden der französischen und russischen Revolutionen nicht nachsteht und im Mai 1951 seinen Höhepunkt erreichte; es darf dazu bemerkt werden, daß — nach einer offiziellen Erklärung Premierministers Chou En-lai am 1. Juni 1951 — seit dem 10. Oktober 1949 nicht weniger als 1 000 000 Schuldige des „weißen Terrors“ liquidiert wurden. Ebenso wie Stalin seinerzeit persönlich seinen Anhängern, „trunken vom Erfolg“ bei der Ausrottung der Kulaken während des ersten russischen Fünfjahresplanes, Einhalt befahl, so erließ auch Mao Tse-tung Anweisungen für „weise Beschränkungen, mehr Überlegung und Vorsicht“. Das vernunftwidrige Morden aller Gegner sollte aufhören. Blutschuld sollte natürlich weiter mit dem Tode bestraft, aber bei weniger schlimmen Verbrechen die Todesstrafe zwei Jahre ausgesetzt werden, in welcher Zeit die Betroffenen sich durch Zwangsarbeit bessern konnten. Ebenso wie u. a. die Kulaken in Rußland füllten in China die Großgrundbesitzer und andere Gegenrevolutionäre die Zwangsarbeitslager. Die Liquidierung der Kulakenklasse (d. h. der reichen Bauern) in Sowjetrußland (die Großgrundbesitzer wurden schon während der Revolution im November 1917 ermordet oder vertrieben) leitete die unmittelbare Kollektivierung der Bauern (Kolchosen und Sowchosen) ein.

Halb-Sozialismus

Die Bodenverteilung ist nur ein Abschnitt in der Übergangszeit zu einem kommunistischen Regime, der — ich sagte es schon — von chinesischen kommunistischen Theoretikern annäherungsweise und mit allem Vorbehalt auf 15 — 20 Jahre geschätzt wird.

Obgleich man beim Studium der chinesischen Agrarrevolution immerhin wieder auf Maßnahmen und Erklärungen stößt, die deutlich eine in chinesischen führenden kommunistischen Kreisen herrschende starke Neigung zur Nachahmung des Verfahrens bei den Bodenreformen in Sowjetrußland erkennen lassen, begreift man in diesen Kreisen aber gut, daß für China eine allzu schnelle Einführung des agrarischen Kollektivismus undurchführbar und für das heutige Regime verhängnisvoll sein würde. Konfiszierung — wie sie bei den „landlords“ durchgeführt wurde — des verteilten Bodens zur Einführung eines kollektivistischen landwirtschaftlichen Haushalts ist ausgeschlossen. Das konnte nur nach und nach erreicht werden.

In diesem Zusammenhang sei unbedingt verwiesen auf Maßnahmen¹²⁾, die Peking getroffen hat zur Organisierung der Bauern in sogenannten „Selbsthilfe-Gruppen“ — bereits oben erwähnt —, die, auf den Grundsätzen des Privateigentums und der Freiwilligkeit beruhend, dennoch den Zweck haben, die Bauern mehr und mehr mit der kollektivistischen Idee vertraut zu machen.

Sobald in einem gewissen Gebiet die Bodenverteilung durchgeführt war, begannen, sei es aus eigener Initiative der Bauern (ziemlich selten), durch Ermunterung (oft) oder auf Befehl (meistens), die größtenteils aus Mitgliedern der K.P.Ch. und der Neuen Demokratischen Jugendliga (dem chinesischen Komsomol) bestehenden Führungskader mit der Errichtung der obengenannten Gruppen, die von kommunistischer Seite „embryonal-sozialistisch“ genannt wurden.

Diese Organisationsform gab es schon 1943. Trotz dem aus Mißtrauen entstehenden Widerstand der Bauern wurden in dem damaligen obengenannten kommunistischen Grenzgebiet die ersten Gruppen gebildet. Die ideologische Basis findet man in einer Rede Mao Tse-tungs mit dem Titel „Organisiert Euch für die Produktion“, die er am 24. November 1943 in Yenan, der Hauptstadt dieses Grenzgebietes, hielt. Darin führte Mao u. a. aus:

„Die wichtigste Art der wirtschaftlichen Massenorganisation ist gegenwärtig die Genossenschaft . . . Durch Tausende Jahre hindurch hat die Masse der Bauern im System der Einzelwirtschaft gelebt. Jeder Haushalt verkörpert eine Produktions-Einheit. Diese verbreitete Einzelproduktion ist die wirtschaftliche Basis des Feudalsystems gewesen. Die Bauern litten deswegen immer Armut und Entbehrungen. Der einzige Weg, solchen Notständen ein Ende zu bereiten, ist die fortschreitende Kollektivierung. Und der einzige Weg zur Kollektivierung führt nach Lenin über die Genossenschaften. Im Grenzgebiet haben wir schon viele Bauerngenossenschaften organisiert. Das sind jedoch keine Genossenschaften des Sowjettyps, die als Kollektivfarmen bekannt sind. Unsere Wirtschaft ist eine Neue Demokratische Wirtschaft, und unsere Genossenschaften sind eine Form von Kollektivarbeit, die auf Privatwirtschaft (d. h. auf Privateigentum) beruht.“

In einer anderen Rede „Über Genossenschaften“ im gleichen Jahr erklärte Mao Tse-tung:

„Diese Art der Reform erfordert keine Änderung der Produktionsmittel, und die Produktionsergebnisse kommen, wie gebräuchlich, Privatpersonen zugute. Es gibt nur eine Veränderung in den Produktionsverhältnissen zwischen Einzelpersonen. Es ist eine Reform des Produktionssystems. Das ist eine zweite Revolution.“

Bis Ende 1949 (Errichtung der Volksrepublik) hatten die Selbsthilfe-Gruppen eine beschränkte Aufgabe. Durch den Krieg herrschte großer Mangel an Arbeitskräften und Geräten. Das wichtigste kommunistische Schlagwort für die Selbsthilfe-Gruppen hieß deshalb: „Organisiert Euch, um der Schwierigkeiten Herr zu werden“. Nach der Bodenreform hieß die Losung: „Organisiert Euch zur Vergrößerung der Produktion und zur Verbesserung Eures Daseins“.

Je nach der „kollektivistischen Erkenntnis“ der Bauern entwickelten sich die drei Haupttypen. Sie sind jedoch nicht streng voneinander zu trennen (es gibt viele Zwischenformen), und die kommunistische Taktik läuft darauf hinaus, durch politische Schulung die weniger kollektivistische in eine stärker kollektivistische überzuleiten:

12) Es handelt sich hier um die sog. „Entscheidungen in Sachen Selbsthilfe und Genossenschaft“ des Zentralkomitees der K.P.Ch. Sie wurden am 15. Dezember 1951 allen Partei-Abteilungen „im Entwurf“ zur Probe zugeleitet, am 15. Februar 1953 nach teilweiser Änderung vom Zentralkomitee angenommen und danach im offiziellen Parteiblatt Jen-min Jih-pao (Volkszeitung) veröffentlicht.

1. die Selbsthilfe-Gruppen für eine bestimmte Zeit, z. B. für eine Saison. Diese Form der Zusammenarbeit, die ganz in die fast überall in China gültige Tradition paßt (vgl. das indonesische gotong rojong-System), ist ziemlich populär. Wenn irgendwo Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren oder Geräten ist, hat diese Art Selbsthilfe-Gruppen vor allem zur Erntezeit absolute Daseinsberechtigung.

2. die Selbsthilfe-Gruppe mit Dauercharakter. Ein gründlicheres Arbeitsverteilungs- und Bezahlungssystem (gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit) ist durchführbar. Möglichkeiten sind vorhanden. Hilfsarbeiten (Heimindustrie) und größere Agrarproduktion ermöglichen durch die größeren Einkünfte es diesen Gruppen, die vorhandenen Geräte zu verbessern, modernere zu kaufen und erfolgreichere Arbeitsmethoden anzuwenden. In einigen Fällen sind die Geräte und/oder das Vieh gemeinschaftliches Eigentum dieser Gruppe.

3. Durch Zusammenfassung von zwei oder mehreren der unter 2. genannten Selbsthilfe-Gruppen entsteht eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. Diese Genossenschaft — die sich also aus Selbsthilfe-Gruppen entwickelt, jedoch hinsichtlich Form und Organisation in die nachstehend behandelte Kategorie der Genossenschaften gehört — unterscheidet sich von den beiden obengenannten Kategorien dadurch, daß die Mitglieder ihr Land als Anteil einbringen — deswegen wird sie auch Landgenossenschaft genannt — und zeigt im übrigen viele gemeinschaftliche Züge mit der unter 2. genannten (häufig gemeinschaftliches Eigentum an Vieh, Getreide, „Wasserrädern“ usw.). Eine noch weitergehende Arbeitsverteilung und ein Beginn mechanisierter Landbestellung sind möglich.

Es darf noch einmal wiederholt werden, daß bei allen drei Arten das (vielfach theoretische) Prinzip der Freiwilligkeit von vornherein feststeht, die Mitglieder sich also jederzeit zurückziehen können, ebenso auch, daß alles Eingebachte grundsätzlich Privateigentum bleibt.

Es liegt — wenn man die Mentalität des chinesischen Bauern bedenkt — auf der Hand, daß in dem „soeben befreiten Gebiet“ die zeitweiligen Selbsthilfe-Gruppen überwiegen, die ständigen Selbsthilfe-Gruppen also im „alten befreiten“ Gebiet am häufigsten sind und die Zahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften — kollektivistisch gesprochen die fortschrittlichsten — noch ziemlich klein ist¹³⁾.

Die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ist der Prototyp der richtigen Kollektivfarm und ist an sich eine Verbindung von „Selbsthilfe-Gruppen“ und „Genossenschaft“.

Genossenschaften

„Genossenschaftliche Wirtschaft“ — so lautet Art. 29 des „Common Programm“ — „ist halb-sozialistischer Natur und ist ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft im Ganzen. Die Volksregierung wird ihre Entwicklung fördern und sie vordringlich behandeln“.

Unter den verschiedenen Arten der Genossenschaften in China, die sich im Juli 1950 zu der All China Federation of Cooperatives vereinigt haben, ist auf dem Lande die sogenannte „Supply and Marketing Cooperation“, die wir hier kurz Bauerngenossenschaft nennen wollen, viel wichtiger als die oben besprochene Produktionsgenossenschaft. Ende 1951 gab es 36 390 solcher Bauerngenossenschaften mit 43 619 000 Mitgliedern, d. i. 86,7% der Gesamtzahl der Genossenschaften und 84,3% ihrer Gesamtmitgliederzahl; 80,7% des gesamten Aktienkapitals aller Genossenschaften war damals in Bauerngenossenschaften angelegt¹⁴⁾.

13) Nach offiziellen Angaben betrug Ende 1951 die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften 400 (davon rund 300 in Nord- und Nord-Ost-China). Ein Jahr später (Ende 1952) war sie auf 3 663 gestiegen. Es gab damals 8 300 000 Selbsthilfe-Gruppen (im „alten befreiten“ Gebiet waren 65% der Gesamtzahl der Bauernfamilien in Selbsthilfe-Gruppen und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften organisiert; im „soeben befreiten“ Gebiet betrug dieser Prozentsatz 25%).

14) Ferner gibt es (Ziffern Ende 1951): 1. Verbrauchergenossenschaften. Diese sind hauptsächlich durch und für die Arbeiter in den Städten eingerichtet worden. Es gibt 4 435 derartige Genossenschaften mit 6 310 640 Mitgliedern. 2. Produktionsgenossenschaften. Außer der oben genannten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, die auch in diese Kategorie gehört, dient die Produktionsgenossenschaft der Handwerker in Städten und Dörfern dem Marktabsatz ihrer Produkte und der Anschaffung von Rohstoffen und Werkzeugen. Es existieren 967 mit 221 472 Mit-

Diese Bauerngenossenschaften sind ein unentbehrliches Element in der heutigen — völlig gelenkten— Wirtschaft dieser Volksrepublik und im wesentlichen Vertretungen der staatlichen Handelsorganisationen, die den Warenverkehr zwischen Stadt und Land und umgekehrt regeln, die Preise stabil halten, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion steigern und die Steuern in natura einziehen müssen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Produkte (Weizen, Reis, Rohbaumwolle usw.) und die Erzeugnisse der Hilfsbetriebe (Heimarbeit) müssen diesen Organisationen abgeliefert werden. Über die Genossenschaften erhalten die Bauern dann dafür Werkzeuge, Kunstdünger, Saatgut, Brennmaterial, Textilien und andere notwendige Dinge.

Wegen ihrer bedeutenden Rolle in der Volkswirtschaft genießen die Bauerngenossenschaften Regierungsunterstützungen in mancherlei Form: Darlehen der Staatsbanken gegen niedrigen Zinssatz, 20% Steuerermäßigung mehr als andere Unternehmen, kostenlose Rimessen, ermäßigte Versicherungsprämien usw.

Das oben gezeichnete Bild der heutigen landwirtschaftlichen Maßnahmen in China¹⁵⁾ muß durch die Angaben der Staats- und Kollektivfarmen ergänzt werden.

Nach offiziellen Angaben¹⁶⁾ gab es Ende 1952 2 229 Staatsfarmen (zu vergleichen mit den russischen Sowchosen). Davon waren aber nur 52 mechanisiert (29 davon stammen aus 1950).

Außer an modernen landwirtschaftlichen Maschinen hat China größten Mangel an technischem Bedienungspersonal. Für die Lieferung der Maschinen und die Ausbildung des Personals ist China ausschließlich auf Sowjet-Rußland angewiesen.

Im Herbst 1949 wurde in Shuangchiasse, einem kleinen Ort östlich von Peking, die „Schule für mechanisierten Landbau“ eröffnet. Als 1950 der erste Traktor der Stalingrad-Fabrik eintraf, war das Personal der Schule noch nicht im Stande, den Traktormotor in Gang zu bringen und den Traktor vom Transportauto herunterzufahren. Ende 1950 trafen die ersten russischen Instruktoren ein. Seitdem hat die Schule 1 633 Mann technisches Personal gestellt: Traktorenfahrer, Mechaniker, Brigadeführer, Techniker, Agronomen, Buchhalter, Manager usw. Das Lehrprogramm entspricht dem russischen. Die jungen zukünftigen Landbau-Sachverständigen werden u. a. in den Grundsätzen und Thesen von Mitschurin und Lysenko¹⁷⁾ unterrichtet. Die Buchhalter lernen die russischen Buchhaltungsmethoden.

Es ist eine Regierungsschule. Sie wird geleitet durch das Büro für die Verwaltung der Staatsfarmen, die dem Landwirtschaftsministerium untersteht. Dieses Büro ist auch unmittelbar zuständig für die Verwaltung der siebzehn Staatsfarmen, „Maschinen-Traktoren-Stationen“ und eines großen Nachschubdepots. Die Güter liegen über ganz Nord- und Mittelchina verteilt, vom Weizengebiet in der Provinz Suiyüan bis zu den Reisfeldern am unteren Yangtze, und haben eine Gesamtoberfläche von 50 000 Morgen (Weizen, Reis, Hirse, Baumwolle, Hanf usw.).

gliedern. 3. Verschiedene andere, weniger bedeutende Arten. Im Juni 1951 gab es — alle vier Kategorien zusammengenommen — insgesamt ungefähr 42 425 Genossenschaften mit ungefähr 51 000 000 Mitgliedern und einem Aktienkapital von 529 022 120 000 yüan. In Prozenten ausgedrückt, ergibt sich folgendes Bild:

	Mitglieder	Genossenschaften	Aktienkapital
Bauerngenossenschaften	84,3%	86,7%	80,7%
Verbrauchergenossenschaften	12,3%	9,5%	15,4%
Produktionsgenossenschaften	0,4%	2,4%	2,1%
Andere	3,0%	1,4%	1,8%

15) Die „Bauernorganisationen“ wurden bereits zu Beginn dieses Artikels bei der Besprechung des Vorgehens in der Bodenverteilung genannt. Ende 1951 zählten diese Organisationen 84 000 000 Mitglieder, Männer und Frauen (Ende 1952 waren ungefähr 40 000 000 Frauen angeschlossen).

16) Entnommen dem „Kommuniqué über die nationale, wirtschaftliche, kulturelle und Unterrichts-Rehabilitierung und Entwicklung 1952“, das am 28. Sept. 1953 vom Staatlichen Statistischen Büro der Chinesischen Volksregierung herausgegeben wurde.

17) Anhänger des Darwinismus. Seit 1948 genießt der Darwinismus wieder Ansehen in Rußland. Vom westlichen Standpunkte aus ein seltsamer und erstaunlicher Rückschritt. Weismann, Mendel, Morgan u. A. mit ihrer — von Moskau so bezeichneten — „total idealistischen Chromosomen-Erblehre, die auf Zufall beruht“ werden heftig angegriffen. Im März 1952 wurde sogar Einsteins Relativitätstheorie als eine „idealistische Wahnidee“ offiziell verbannt.

Ende 1952 gab es zehn Kollektivfarmen (mit den russischen Kolchosen zu vergleichen). Die älteste liegt in der Mandschurei, in Chiamussu, auf dem linken Ufer des Sungari. Sie wurde 1951 durch die Initiative der K.P.Ch. auf der Basis der Freiwilligkeit eingerichtet und heißt Hsinghuo, d. h. Der Funken.

Produktionsergebnisse

Nun erhebt sich die Frage, zu welchen Produktionsergebnissen die oben ausführlich beschriebene gelenkte Agrarwirtschaft¹⁸⁾ in der Praxis gekommen ist.

Ende 1952 ist aus mehreren Gründen ein für eine Bilanz günstiger Zeitpunkt. Mit Ausnahme einiger Gebiete, die von „nationalen Minderheiten“ bewohnt werden, war damals die Bodenreform in ganz China durchgeführt: unter rund 300 000 000 „landlosen“ Landarbeitern und armen Bauern waren insgesamt 700 000 000 Mou Land verteilt.

Auf alle mögliche Art hatte die Volksregierung die Produktion angereizt und gefördert: durch enorme Bewässerungs- und Drainageanlagen, durch Organisation der Bauern in Selbsthilfe-Gruppen und Genossenschaften, durch Einrichtung von Staatsfarmen, durch Aufforstungen in großem Umfang, durch technische Aufklärung über die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten, durch Einführung moderner Landwirtschaftsmethoden und Geräte usw., ganz zu schweigen von den typisch kommunistischen Anreizen.

In drei aufeinanderfolgenden Jahren hatte China — nach kommunistischen Berichten — außergewöhnlich günstige Witterungsverhältnisse und infolgedessen Rekordernten.

Nach dem oben schon genannten Kommuniqué des Staatlichen Statistischen Büros für 1952 betrug in diesem Jahr das Gesamtaufkommen an Nahrungsmittel-Ernten und Baumwollernte 160 000 000 bzw. 1 290 000 metrische Tonnen. Wenn man die oben erwähnte — sehr schlechte Ernte von 1949 mit 100 bezeichnet, zeigt der Produktionsverlauf in der Zeit von 1950 — 1952 folgendes Bild¹⁹⁾:

	1950	1951	1952
Nahrungsmittelernten	117	128	145
Baumwollernte	160	235	291

Wenn man ferner bedenkt, daß — nach einer Mitteilung des chinesischen Landwirtschaftsministers Li Shu-cheng — die Nahrungsmittelernten 1949 nur 74,6% und die Baumwollernte in diesem Jahr nur 52% des Jahres 1936 — des letzten Vorkriegsjahres — betragen, kann man sagen, daß im weiteren Verlauf die Baumwollernten eine beträchtliche Steigerung gegenüber dem Vorkriegsstand zeigen (d. h. 1951: 22% und 1952: 51%), daß jedoch die Nahrungsmittelernte erst 1952 über jenen Stand hinausgekommen ist (und immer noch unter dem Stand von 1932 liegt).

Erster Fünfjahresplan

Im Jahr 1952, dem letzten des vorbereitenden Stadiums, mußten die Grundlagen für die Industrialisierung Chinas gelegt werden, das von einem vorwiegend agrarischen in ein Industrie-Land umgewandelt werden soll. Zu diesem Zweck wurde der erste Fünfjahresplan ab 1953 aufgestellt.

In einer am 1. September 1953 veröffentlichten Erklärung Teng Tse-huis, Direktor der Abt. Landwirtschaft der K.P.Ch., wird gesagt, daß in Zukunft der Nachdruck auf die Schwerindustrie gelegt würde, da sonst die Industrialisierung des Landes, die Mechanisierung der Landwirtschaft, der Aufbau der nationalen Verteidigung und eine wirkliche wirtschaftliche Unabhängigkeit Chinas ausgeschlossen wären.

18) Vor allem muß betont werden, daß die statistischen Angaben, die ich oben zitierte und die später noch folgen, nicht mit anderen Quellen verglichen und deswegen nur mit dem größten Vorbehalt übernommen werden können.

19) Verglichen mit 1951 war die Reisernte 1952 um 16% gestiegen; die Steigerung der anderen Gewächse betrug: Weizen 8%, Baumwolle 24%, Jute 80%, Zuckerrohr 53%, Zuckerrüben 56%, Erdnüsse 17%; Rapssaat 26%.

Den Stand der landwirtschaftlichen Produktion von Ende 1952 halte er — als Basis für die Industrialisierung — nun einmal für unzureichend. Eine Nahrungsmittelernte von 160 000 000 metrischen Tonnen entspreche 300 kg pro Kopf pro Jahr. Vorläufig müsse eine Nahrungsmittelernte von 275 000 000 bis 309 999 999 metrischen Tonnen als Ziel festgesetzt werden, d. h. eine Erhöhung von 70%, gemessen am Stand des Jahres 1952. Der erste Fünfjahresplan strebt eine Zunahme von 30%, ein späterer zweiter nach Verwirklichung der genannten Erhöhung eine solche von 70% an.

Darüber hinaus mußte die Produktionserhöhung der Grundstoffe für die Industrie (die sogenannten Industrie-Ernten), d. h. Baumwolle, Sojabohnen, Zucker, Tabak usw., gleichen Schritt mit der industriellen Entwicklung halten.

Obschon Teng Tse-hui für einen sehr gemäßigten Übergang eintritt und vor Übereilung warnt, setzte er nichtsdestoweniger auseinander, daß auf „resolute Weise“ die Politik der Umbildung der kleinbäuerlichen Wirtschaft in eine mehr und mehr kollektivistische Wirtschaft durchgeführt werden müsse, wie es auch in Sowjetrußland geschehen ist. Anhand sozialistischer Richtlinien müssen die kleinen Bauernwirtschaften über Selbsthilfe-Gruppen und agrarische Produktionsgenossenschaften, entsprechend den Lehren aus den Ergebnissen der mechanisierten Staatsfarmen, auf der „Basis der Freiwilligkeit“ schließlich zu großen Kollektivfarmen sowjetrussischen Musters mit Maschinentraktoren-Stationen und modernen Techniken zusammengefügt werden. Sonst werden die Bauern mit dem industriellen Entwicklungstempo unmöglich Schritt halten können.

Der Übergang Chinas — mit einer Bauernbevölkerung von 470 000 000 Seelen das größte Agrarland der Welt — zu einem solchen sozialistischen mechanisierten Landbau „im Interesse der Bauern“ wird eine der größten Reformen der Welt sein — so schloß Teng Tse-hui.

In der Tat, aber diese Reform wird auch eine der schwierigsten sein. Der chinesische Bauer sieht immerhin seine Interessen ganz anders, und gerade das ist das schwerste Hindernis, vor das sich die kommunistischen Führer gestellt sehen.

Zwang gegen Widerstand

Das offizielle Urteil über die Ergebnisse der Staatsfarmen, das in dem mehrfach zitierten Kommuniqué von 1952 zu finden ist, ist alles andere als günstig: „... Die Verwaltung war kümmerlich. Eine erkleckliche Anzahl Staatsfarmen hatten niedrige Erträge und hohe Produktionskosten und waren verschwenderisch in ihrem Betrieb. Sie versagten darin, den Bauern zufriedenstellend auszubilden und ein gutes Beispiel für ihn zu sein“.

Das Kommuniqué bemängelt die Unbesonnenheit und die Anwendung von Zwang an Stelle von Überredung, was bei den Bauern viel böses Blut gegeben hat. In vielen Gebieten kann man mit Recht von einer Diktatur der jungen kommunistischen Kaders sprechen, an der auch verschiedene Erlasse Pekings wenig ändern konnten.

Vor allem müssen in diesem Zusammenhang die sogenannte „Drei Anti“-Aktionen genannt werden, die — nachdem das Zentralkomitee der K.P.Ch. sie beschlossen hatte — durch Mao Tse-tung in seiner Neujahrsrede am 1. Januar 1952 „eingeläutet“ wurden: gegen Korruption, Verschwendung und Bürokratie, als Leitfaden für eine allgemeine Säuberung des amtlichen und des Partei-Apparates.

Dies letztgenannte Übel, das Mao's Rede ausführlicher als „bureaucracy, commandism and breaches of law and discipline“ bezeichnet, bedeutete nach dem Korrespondenten der TIMES in Hongkong in der Ausgabe vom 12. November 1953 in reinem Englisch... Selbstherrlichkeit, Brutalität und Ungerechtigkeit, hauptsächlich in den ländlichen Kadern, bei der Durchführung von Regierungsrichtlinien“.

Die Masse der chinesischen Bauern ist durch die Jahrhunderte hindurch der Politik abhold gewesen. Keine politische Aktion — ausgenommen solche aus Unzufriedenheit mit einem herrschenden Regime — ist je

spontan aus der Masse selbst hervorgegangen, sondern immer von oben her angestiftet und dirigiert worden. In der Chinesischen Volksrepublik geschah dies durch die fanatischen Jünger der K.P.Ch. und die Jugendliga, die überall auf dem Lande die leitenden Kaderstellen innehaben.

Die politische Mobilisierung der Bauern ist — mutatis mutandis — eine echte Nachahmung der sowjetrussischen. Die breite Masse hat kein Interesse an außenpolitischen Fragen, auch nicht in Korea. Ebenso wenig wie in Amerika ist der Koreanische Krieg in China populär. Prahlische Regierungspropaganda und Verherrlichung der „Freiwilligen“, die die „amerikanischen Imperialisten“ im Korea besiegt, haben wenig daran geändert. Die Pflichtteilnahme an vielerlei politischen Zusammenkünften und Kundgebungen im Rahmen der Aktion „Bekämpft Amerika und unterstützt Korea“ weckt Mißmut: der Produktions-Antrieb („drives“), ganz nach russischem Schema mit Auszeichnungen für „Muster-Selbsthilfe-Gruppen“ und „Musterarbeiter“ in der landwirtschaftlichen Produktion und Leistungsquoten (die nach der kommunistischen Presse vielfach die offiziellen Quoten übersteigen), ist un-chinesisch und stößt viele vor den Kopf.

Der größte Widerstand aber — zwar nicht öffentlich, doch deswegen nicht weniger wirksam — richtet sich gegen die Lenkung des landwirtschaftlichen Produktionsprogramms und besonders der Produktionsverhältnisse. Trotz prächtiger offizieller Statistiken, die man — ich wies bereits darauf hin — in jeder kommunistischen Gesellschaft, ganz sicher im heutigen China, mit größter Vorsicht verwenden sollte, zeigt sich nicht nur in Berichten aus Hongkong, sondern sogar in offiziellen Berichten der Chinesischen Volksregierung — wenn man sie richtig liest —, daß die allerersten Versuche, die Jahrhunderte alte chinesische Landwirtschaft allmählich in die sozialistisch-kollektivistische Richtung umzubiegen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Ende 1952 zeigte sich deutlich — nach dem schon genannten Artikel in der TIMES —, daß „... die Unterstützung der Bauern in einigen Orten merklich nachließ... und, was am schlimmsten ist, die Kluft zwischen Regierung und Volk sich erweiterte. Es wuchs das Gefühl, daß ein Despotismus dem anderen Platz gemacht hätte... Es ist unmöglich zu sagen, wie weit verbreitet die Unzufriedenheit in diesen vier Jahren kommunistischer Herrschaft ist. Aber ein wenig gibt es sie überall und an manchen Stellen ziemlich viel.“

Dieser „Despotismus“ — das muß nochmals wiederholt werden — wird im chinesischen Dorf verkörpert durch das Mitglied der K. P. Ch. oder der Jugendliga, den kommunistischen „Mandarin“, der auf Veranlassung Pekings die allmähliche Sozialisierung des Dorfhäushaltes durchführen soll und dadurch an einer jahrhundertealten Tradition rüttelt.

Die verschiedenartigen Gründe für die Unzufriedenheit wurden oben bereits aufgeführt. Auch die großen Nahrungsmitteltransporte nach Sowjetrußland zu Preisen, die unter 50 % des Weltmarktes lagen (zur Bezahlung der russischen Hilfe und Anleihe, die am 14. Februar 1950 gegeben wurde) sowie die „politischen“ Lieferungen an Indien²⁰⁾ haben — da Chinas Bevölkerung immer noch alles andere als gut ernährt ist — viel Unzufriedenheit verursacht.

Die auf „resolute Weise“ angewandte Politik der Umbildung der kleinen Bauernwirtschaften in eine mehr und mehr kollektivistische Wirtschaft (wie der chinesische Bauer sagt: „Alle essen aus einer Schüssel zugunsten der Faulenzer“) führte — nach Berichten aus Hongkong — dazu, daß tausende Bauern ihr Land aufgaben und in die Städte zogen. Die Landflucht nahm einen solchen Umfang an, daß zuerst im März 1953 und danach nochmals im folgenden Juli in Anweisungen aus Peking die

²⁰⁾ 1951: 66 000 Tonnen Reis und 450 000 Tonnen Kaoliang (sorghum) (Kaffern- oder Pferdehirse). Am 26. Mai 1952 wurde in Peking ein zweiter Vertrag unterzeichnet für eine Lieferung von 100 000 Tonnen Reis und Kaoliang. Wenn man bedenkt, daß China in den Jahren 1934 — 38 eine mittlere jährliche Reisernte von 50 000 000 Tonnen und seit 1900 jährlich ungefähr 1 Million Tonnen Reis in China eingeführt werden mußten, dann ist es — im Lichte der oben genannten Erklärung Teng Tse-huis — klar, daß derartige Verträge ein unerlaubter politischer und propagandistischer „Luxus“ sind.

Anwendung von Zwang bei der Bildung der Selbsthilfegruppen und Genossenschaften streng verboten wurde. Eine dritte Anweisung vom August 1953 verordnete wichtige Konzessionen bei der Erhebung der Steuern auf dem Lande.

Hinzu kommt, daß im Gegensatz zu den drei vorhergehenden Jahren die Ernte 1953 weit hinter dem normalen Ergebnis zurückblieb. In Nord- wie in Süd-China gab es Mißernten. In großem Umfang mußte den durch Hungersnot betroffenen Gebieten geholfen werden (u. a. in Ssechuan, der reichsten Agrarprovinz).

Aufschlußreicher für die wirtschaftliche Lage Chinas als das mehrfach zitierte Kommuniqué von 1952 war die Etatsrede des Finanzministers Po Yi-po im Februar 1953, der — bezeichnend für die bestehende Spannung — bald danach durch Teng Hsiao-ping abgelöst wurde. Aus der Rede ergab sich, daß der erste Fünfjahresplan unter außergewöhnlich ungünstigen Bedingungen begonnen worden war. Die Inflationsgefahr war groß. Außer den genannten Enttäuschungen auf landwirtschaftlichem

Gebiet zeigte sich die geringe Leistungsfähigkeit der Industrie. Das Aufkommen der industriellen Staatsbetriebe blieb unter der Hälfte der Schätzung. Kurz, 1953 war für die Chinesische Volksrepublik ein kritisches Jahr.

Das Obenstehende macht deutlich, daß das Ende des Krieges in Korea für China gerade zur rechten Zeit gekommen ist.

Der Waffenstillstand hat das kommunistische Regime in China vor sehr ernsten politisch-wirtschaftlichen Prüfungen bewahrt.

„In der Frühgeschichte meines Landes, während unseres Kampfes um die Freiheit, gab es eine Losung: „Vereint siegen wir, getrennt fallen wir.“ Das amerikanische Volk, das Zeuge der turbulenten und tragischen Geschichte unseres Jahrhunderts war, erkennt, daß dieser Aufruf des 18. Jahrhunderts in dem gegenwärtigen beunruhigten Zustand der Welt die gleiche Gültigkeit hat.“

(Aus der Rede des amerikanischen Botschafters Exz. H. Freeman Matthews vor der Niederländischen Genossenschaft für Internationale Angelegenheiten am 24. Februar d. J.)